

Tragödie oder Verbrechen?

Warum die Erinnerung an den Gulag im patriotisch aufgerüsteten Russland eine prekäre Angelegenheit bleibt

ULRICH M. SCHMID

Die medial ausgelöste Welle des Patriotismus, von der Russland seit 2012 überrollt wird, hat Folgen für die Gedächtniskultur. Die ohnehin schwache Erinnerung an den Gulag wird im öffentlichen Diskurs weiter an den Rand gedrängt. Als positives Geschichtsbild präsentiert man den Bürgern das Ideal eines starken Staats mit einer entschlossenen Führung. Die bolschewistischen Verbrechen lösen sich, wenn sie überhaupt thematisiert werden, in den rhetorischen Pathosfiguren der «Tragödie» und der «Selbstaufopferung» auf. Das patriotische Gesellschaftsprojekt entbindet den Einzelnen von der Verantwortung für eine kritische Rückschau auf die Verbrechen der Sowjetzeit.

Bis heute verfügt der Begriff «Vergangenheitsbewältigung» im Russischen über kein Pendant. Als einer der wenigen Gegenwartsautoren hat Sergei Lebedew das Thema des Gulag aufgegriffen. Er weist darauf hin, dass es bereits während der Sowjetzeit zwar eine Sprachregelung für die Repressionen gab, aber keine richtige Aufarbeitung. Lebedew kritisiert, dass es bis heute in der russischen Öffentlichkeit keine Einsicht in die radikal verbrecherische Natur des Sowjetsystems gebe.

«Abweichung vom Weg»

In der Tat haben sich bis heute die sowjetischen Interpretationsmuster im russischen Erinnerungsdiskurs gehalten. Erstmals wurde der Gulag von Nikita Chruschtschow in seiner «Geheimrede» auf dem zwanzigsten Parteitag 1956 kritisiert: Der Generalsekretär deutete damals die Arbeits- und Straflager als Abweichung vom direkten Weg zum Kommunismus. Die Schuld an den Repressionen schob Chruschtschow auf Stalin und seinen «Personenkult». Noch weiter ging dreissig Jahre später Michail Gorbatschow mit seiner Glasnost-Politik, die einen offenen Umgang mit den dunklen Seiten der sowjetischen Geschichte ermöglichen sollte. Wie eng die Grenzen dabei gezogen waren, zeigt allerdings Gorbatschows Zögern, die Publikation von Solschenizyns «Archipel Gulag» zu-

zulassen.

In den neunziger Jahren konnte man ein gesteigertes Interesse an der historischen Aufarbeitung des Gulag beobachten. Dabei geriet auch die von Chruschtschow und Gorbatschow propagierte Opposition «guter Lenin» contra «böser Stalin» ins Wanken. Vor allem die Publikation eines Quellenbandes mit dem Titel «Lenin. Unbekannte Dokumente» (1999) unterstrich in aller Deutlichkeit, dass die bolschewistischen Greuelthaten nicht unter Stalin, sondern unter Lenin ihren Anfang genommen hatten. Seit der Jahrtausendwende hat sich die Gedächtniskultur stark gewandelt. Die Slawistin Nina Friess weist in ihrer Potsdamer Dissertation aus dem Jahr 2016 darauf hin, dass die Erinnerung an den Gulag in der Ära Putin zunehmend von der Feier des Siegs über Hitlerdeutschland verdrängt wird.

Auch in den offiziellen Schulprogrammen kommt der Gulag vor, er wird aber oft als «Tragödie» ohne identifizierbare Täter beschrieben. Damit bleibt die Schulfrage weitgehend ausgeblendet. In der neueren Geschichtspolitik kommt nicht einmal mehr Stalin als wohlfeiler Sündenbock infrage. Zunehmend setzt sich ein «chinesischer» Blick auf den Diktator durch: Stalin erscheint – wie Mao in seiner Heimat – zu 70 Prozent als gut und zu 30 Prozent als schlecht. In neueren Fernsehproduktionen werden Stalins Verbrechen höchstens am Rande erwähnt. Die Serien «Stalin Live» (2007) und «Der Sohn des Vaters der Völker» (2013) präsentieren den Diktator als strengen, aber nachdenklichen und gerechten Herrscher. Laut einer Umfrage vom November 2014 schätzen 52 Prozent der Befragten die Rolle Stalins in der russischen Geschichte als «positiv» ein. Damit rücken sie den «effizienten Manager», «den Organisator der Industrialisierung» und den «Sieger über Hitlerdeutschland» in den Vordergrund.

Die rund 20 Millionen Menschen, die Stalins blutigem Terror, den von ihm verantworteten Hungersnöten und seinen militärischen Fehlentscheidungen zum Opfer gefallen sind, spielen aus einer solchen Perspektive kaum mehr eine Rolle. Der Filmregisseur Wladimir

Bortko hielt im Februar im russischen Parlament ein flammendes Plädoyer für Stalin, den er «als Symbol unseres Landes» bezeichnete. Der umstrittene Priester Wsewolod Tschaplin rechtfertigte Stalins Massenmorde kürzlich sogar in einer Radiosendung mit der rhetorischen Frage: «Was ist denn schlecht an der Vernichtung einer gewissen Anzahl innerer Feinde?» Und die frisch ernannte Bildungsministerin Olga Wasiljewa nannte Stalin auf einer Veranstaltung der Regierungspartei «Einiges Russland» «trotz allen Unzulänglichkeiten einen Segen für den Staat».

Ein Gulag-Museum in Moskau

Natürlich gab es in Russland auch Ansätze, das Gedenken an den Gulag zu institutionalisieren. Dazu gehören etwa der nationale «Gedenktag für die Opfer politischer Repressionen» (30. Oktober) und das föderale Gesetz über das «Gedenken an die Opfer politischer Repressionen». Seit dem Jahr 2004 existiert in Moskau ein Gulag-Museum, das im vergangenen Jahr aus einer Altbauwohnung in einen Neubau verlegt wurde. Durch den Umzug hat sich die Ausstellungsfläche vervierfacht, allerdings bleibt die museumspädagogische Umsetzung des Lagerhorrors schwierig.

Weitum als positives Zeichen gewertet wurde Dmitri Medwedews Videoblog vom 30. August 2009. Der damalige Präsident zeigte sich schockiert, dass fast 90 Prozent der jungen Russen bei einer Umfrage kein einziges prominentes Opfer der Repressionen nennen konnten. Im Video wurden zwei Mahnmale eingeblendet: das Kreuz auf dem Butowo-Poligon bei Moskau, wo während der Jahre des Stalin-Terrors 20 000 Menschen erschossen wurden, und die monumentale Skulptur des kürzlich verstorbenen Künstlers Ernst Neiswestnyj im fernöstlichen Magadan. Allerdings blieb Medwedew innerhalb des offiziellen Deutungsschemas: Er nannte die Repressionen eine «nationale Tragödie» und verwies im Namen der historischen Ausgewogenheit auch auf den Sieg über Hitlerdeutschland und die erfolgreiche Industrialisierung des Landes unter Stalin.

Der staatliche Wille zur Aufarbei-

tung des Gulag hat in den letzten Jahren deutlich nachgelassen. Die einzige Lagergedenkstätte, «Perm-36», wurde ab Anfang 2014 von den Behörden mit der Aussetzung der Beitragszahlungen und der Stigmatisierung als «ausländischer Agent» schikaniert. Kürzlich erklärte die Leitung die Schliessung des Museums. Eine ähnliche Erfahrung machte auch das «Permer Zentrum für Bürgerbildung und Menschenrechte», das im Jahr 2015 eine Broschüre für Geschichtslehrer über die Stalin-Repressionen veröffentlichte. Die Autoren empfahlen, im Unterricht die «brutale, verbrecherische Gewaltherrschaft» und den «totalen Betrug am Volk» zu thematisieren.

Die russische Aufsichtsbehörde Roskomnadsor bestellte daraufhin ein Gutachten, das die pädagogische Eignung dieser Broschüre überprüfen sollte. Die Experten kamen zu einem negativen Ergebnis: Das vorgesehene Schulprogramm beeinträchtigt «die Bereitschaft der Schüler zur Selbstaufopferung» und «propagiere den Vorrang der individuellen Interessen vor den gesellschaftlichen oder staatlichen». So werde ein «aggressives Verhältnis» der Schüler zum Staat gefördert. Dies widerspreche dem gültigen «föderalen staatlichen Bildungsstandard», der «die Wertschätzung der staatlichen Geschichte und die Förderung eines Gefühls der Verantwortung und Pflicht gegenüber der Heimat» als pädagogische Ziele definiere.

Solschenizyn als Zeuge

Es gibt im heutigen Russland allerdings eine wichtige Ausnahme bei der zunehmenden Marginalisierung der Gulag-Erinnerung: Alexander Solschenizyn. Bereits kurz nach seinem Amtsantritt im Jahr 2000 hatte der ehemalige KGB-Offizier Putin den sowjetischen Dissidenten Solschenizyn als Verbündeten ausgemacht. Diese Verbindung erschien auf den ersten Blick unwahrscheinlich genug. Allerdings hatte das ungleiche Paar eine Reihe gemeinsamer Werte: die Vorstellung einer Vereinigung von Russland, Weissrussland und der Ukraine unter Moskauer Führung, die sinnstiftende Rolle der Orthodoxie, die Ablehnung des westlichen Liberalismus und die Bevorzugung einer autoritären Regierungsform.

Solschenizyn nahm aus den Händen Putins einen Staatspreis entgegen, den er noch unter Jelzin verweigert hatte. Bereits 2014 ordnete Präsident Putin in einem Ukas die Organisation offizieller Feiern zu Solschenizyns 100. Geburtstag an. Mittlerweile laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Geplant sind für das Jahr 2018 ein Denkmal in der Hauptstadt, zwei Museen in Rjasan und Moskau, ein wissenschaftlicher Kommentar zum «Archipel Gulag», mehrere Dokumentarfilme und die Ausrufung

eines «Solschenizyn-Jahrs».

Die Menschenrechtsorganisation Memorial ist das wichtigste zivilgesellschaftliche Organ für die Aufarbeitung der Geschichte der sowjetischen Repressionen und des Gulag. Kürzlich legte Memorial eine CD mit den Namen von 40 000 Gulag-Schergen aus den Jahren 1935 bis 1939 vor. In den vergangenen Jahren ist Memorial allerdings selbst in das Visier der russischen Behörden geraten. 2007 versuchte das Verteidigungsministerium, die Bezeichnung Memorial mit einer gleichnamigen Datenbank für die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs für seine eigene heroische Geschichtsvision zu instrumentalisieren. 2013 wurde Memorial gezwungen, sich als «ausländischer Agent» zu registrieren. Die Staatsanwaltschaft warf der Menschenrechtsorganisation vor, mit amerikanischer Finanzierung «Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen» und sich in diesem Sinne politisch zu betätigen. 2014 versuchte das Justizministerium erfolglos, Memorial zu liquidieren.

Solche Angriffe zeigen, wie der Gesellschaft ein einheitliches patriotisches Geschichtsbild oktroyiert werden soll. Dabei spielt die Kategorie der Passivität eine wichtige Rolle: Der Gulag ist wie ein schweres Schicksal über das russische Volk hereingebrochen; die angemessene Reaktion ist – auch im historischen Rückblick – duldende Annahme. Sergei Lebedew geht sogar davon aus, dass die Straflosigkeit der sowjetischen Verbrechen den heutigen autoritären russischen Staat hervorgebracht habe. Er fordert eine Öffnung der Archive, die juristische Verurteilung der bolschewistischen Verbrechen, Entschädigungen für die Opfer und eine selbstkritische Erinnerungskultur. Von all dem ist Russland heute weit entfernt.